



## POLITISCHE OPPOSITION

- **ANALYSE**  
Hat Russland noch eine Opposition? 2  
Andrew Wilson, London
- **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**  
Die Einstellungen der russischen Bevölkerung zu und Kenntnis über die Opposition 5
- **KOMMENTAR**  
Worauf »Jabloko« hofft oder warum wir an den Wahlen teilnehmen 10  
Galina Michaleva, Mitglied des Vorstandes von Jabloko, Moskau

---

- **CHRONIK**  
Vom 10. bis zum 18. Oktober 2007 13

---

- **LESEHINWEIS**  
Abstracts der Artikel aus OSTEUROPA 8–9/2007 mit Russlandbezug 14



## Analyse

# Hat Russland noch eine Opposition?

Andrew Wilson, London

### Zusammenfassung

Russlands traditionelle liberale Opposition, die Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte, werden bei den Dumawahlen 2007 nur eine Nebenrolle spielen. Ebenso werden die Außenseiter Garri Kasparow, Michail Kasjanow, Dmitri Rogosin und Eduard Limonow marginalisiert. Im Großen und Ganzen haben sich die Gegner des Kremls nicht an die gegenwärtigen Spielregeln angepasst, wozu sie ihre Anstrengungen vereinen, vergangene Identitäten überwinden und Verbindungen mit Personen wie Anatoli Tschubais reduzieren müssten. Neben seiner Hauptpartei Einiges Russland hat der Kreml seine eigene »Opposition« in Gestalt der Partei Gerechtes Russland aufgestellt, es ist aber nicht klar, ob dieser Versuch, ein »Zwei-Parteien«-System zu errichten, effektiver als der von 1995 sein wird. Das Hauptproblem des Kremls ist die Bewahrung seiner Ressourcen und Popularität, während die Opposition nicht einmal genug Macht besitzt, um die Agenda der Regierung in Frage zu stellen.

### Das Versagen der liberalen Opposition

Der Wahlkampf für die Dumawahlen mag begonnen haben, aber die liberale Opposition hinterlässt keinen Eindruck und versucht dies wohl auch nicht einmal. Wahrscheinlich wird ihr gesamter Stimmenanteil sogar unter den 11,8 Prozent liegen, die die drei Oppositionskandidaten offiziell im ach so autoritären Belarus im Jahre 2006 erreicht hatten. Nur eine geeinte Opposition und ein Stimmenanteil nahe an der 7-Prozent-Hürde würden Protesten nach den Wahlen moralische Autorität verleihen; aber sowohl Jabloko als auch die Union der Rechten Kräfte scheinen mehr daran interessiert, einfach nur zu überleben oder möglicherweise einen Kandidaten für die Präsidentenwahlen 2008 aufzustellen. Die alten Argumente, dass diese Parteien unterschiedliche Wählergruppen ansprechen oder dass »die Summe weniger als die Teile« wäre, entschuldigen nicht ihr Versagen, eine gemeinsamen Front aufzubauen. Die Überreste des russischen Liberalismus werden durch Spielregeln besiegt werden, auf die sie nicht reagiert haben, und nicht durch offensichtlichen Wahlbetrug, der in Georgien, der Ukraine und Kyrghyzstan »Wählerrevolutionen« ausgelöst hat. Darüber hinaus werden Außenseiter wie Das Andere Russland (die Vereinigte Bürgerfront von Garri Kasparow und die Nationaldemokratische Partei von Michail Kasjanow) oder im Grunde auch Großrussland von Dmitri Rogosin oder die Nationalbolschewisten von Eduard Limonow auf der Straße noch weniger Eindruck hinterlassen, wenn ihre Parteien nicht einmal an den Wahlen teilnehmen dürfen.

Dieses muss in Betracht gezogen werden, bevor überhaupt die »Konterrevolutionäre Technologie« erwähnt wird, die seit 2004 geschaffen worden ist. Die

Kampagne gegen die NGOs (Nichtregierungsorganisationen), das Vernebeln der Ergebnisse von Wählerbefragungen nach der Stimmabgabe (exit polls), die Rolle der kremlnahen Jugendorganisation Naschi (Die Unseren) und die Wahrscheinlichkeit, dass »Gegendemonstranten« auftauchen werden, wie auch die zunehmende Rolle des Kremls bei der Manipulation von »alternativen« Wahlkampf-Technologien, wie Internet und Flashmobbing durch SMS-Nachrichten, werden zusammengenommen die Möglichkeiten der Opposition, Einfluss auszuüben, stark einschränken.

### Lehren aus der Ukraine

Die russische Opposition hätte mindestens drei Lektionen von der Orangen Revolution in der Ukraine 2004 lernen sollen. Die erste lautet: Einheit. Die zweite: Neuerfindung des eigenen Images, und zwar nicht nur durch ein neues Markenimage, obwohl damals orange eine gute Idee war, da es warm und positiv war und dazu beitrug, neutrale Wähler zu mobilisieren. In der Ukraine war die Hauptaufgabe der Opposition, die Politik des kulturellen Nationalismus zu überwinden und sich von der von Ruch in den 1990er Jahren aufgestellten Agenda abzusetzen. Dieses gelang ihr ausgezeichnet. Ein Grund, dass die Wahl auf die Farbe Orange fiel, war, dass sie die traditionellen Nationalfarben Gelb und Blau kaltstellte. Juschtschenko führte darüber hinaus einen substanziellen, wertebasierten Wahlkampf und benahm sich nicht wie die nationalistische Karikatur, die seine Gegner wünschten. Auch die russischen »Demokraten« müssen die 1990er Jahre hinter sich lassen, was in ihrem Fall heißt, ihre Verbindung mit [wirtschaftlicher] Schocktherapie, »Marktbolschewismus« und »liberalen Oligarchen« wie Anatoli Tschubais

zu überwinden. So genannte »modulare« Farbenrevolutionen können nicht einfach mechanistisch übertragen werden, es sei denn, die potenzielle Opposition ist ein dafür geeignetes Medium. Die traditionelle russische Opposition zäumt das Pferd von hinten auf, in der Hoffnung, dass die Idee an sich oder das Beispiel von schon stattgefundenen Farbenrevolutionen ihr und ihren Geschicken neues Leben einhauchen wird und nicht anders herum.

Auch die dritte Lektion aus der Ukraine wurde nicht verstanden, nämlich von zwielfichtigen oder diskreditierten Quellen kein Geld anzunehmen (obwohl diese letzte Lektion in der Ukraine nur im Nachhinein gelernt wurde). Die Idee, dass Michail Kasjanow ein »russischer Juschtschenko« oder gar eine »russische Timoschenko« sein könnte, war lächerlich. Jegliches Gerücht einer Verbindung zum exilierten Boris Beresowski ist ein Geschenk für die Kremlmedien gewesen. Sowohl Juschtschenko wie Timoschenko waren Überläufer aus den Reihen des Regimes, die beträchtliche Ressourcen mit sich brachten – dieses ist aber die falsche Lektion für Russland im Jahre 2007. Die Opposition hat zuviel Zeit darauf verschwendet, auf einen »Wohltäter« aus den immer noch geschlossenen Reihen des Regimes zu warten und hat nicht verstanden, wie wirksam das »Sonderunternehmen« gegen die Oligarchen im Jahr 2003 war, als der Kreml seine Angriffe auf Michail Chodorkowski dazu benutzte, sein Image aufzupolieren. Ob dies nun fair war oder nicht, der Kreml nutzte den tief sitzenden Hass, den viele Russen für die Superreichen empfinden, und es ist nach wie vor der Kreml, der die Anti-Oligarchen-Karte ausspielen kann.

### Die Strategie des Kremls

Die Liberalen sind also durchaus imstande, alles selber in den Sand zu setzen, der Kreml zieht es aber charakteristischerweise vor, sich doppelt und dreifach abzusichern. Die übermäßige Publicity, die Grashdanskaja sila (Bürgerkraft) von Michail Barschtschewski im staatlichen Fernsehen erfährt, scheint darauf hinzudeuten, dass diese Partei als Klon dient. Der Kreml möchte, dass keine der beiden liberalen Parteien auch nur eine begrenzte moralische Autorität erlangt, indem sie ihre Ergebnisse von 2003 verbessern (4,3 Prozent für Jabloko, 4 Prozent für die Union der Rechten Kräfte).

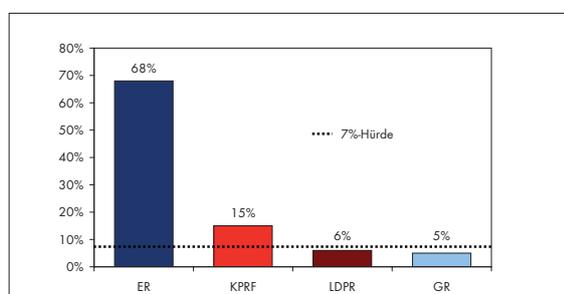
Die Liberalen sind natürlich nicht die einzige Opposition. Wie steht es um die loyale Opposition? Genauer gesagt, wie wählt der Kreml eine loyale Opposition aus? Hat der Kreml das Gleichgewicht der Kräfte, das er 2003 herstellte, nicht durch das ständige Gerede über ein Zwei-Parteien-System (plus kleinere Satelliten) anstelle von vier Parteien zerstört? (Die vier Parteien, die 2003 Sitze in der Duma errangen, sind Einiges Russland, die Kommunisten (KPRF), die Libe-

raldemokratische Partei Russlands (LDPR) und Rodina (Mutterland).) Das neue System ist unter Umständen weniger »passgenau« als das alte. Die Vorstellung, dass sich ein echter Konflikt zwischen rivalisierenden Gruppen mit dem virtuellen Wettbewerb zwischen den beiden größten Parteien (Einiges Russland und Gerechtes Russland) überschneiden würde, hat sich nicht wirklich bewahrheitet. Die Idee, dass die Dumawahlen eine Art »Vorwahl« für Anwärter auf das Präsidentenamt sein könnten, scheint auch weniger und weniger wahrscheinlich, obwohl sich dieses erst dann herausstellen wird, wenn Parteilisten aufgestellt werden. Der Konflikt innerhalb der Elite geht hinter den Kulissen weiter, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, und uns bleibt wiederum nur, Churchill zu zitieren: »Die Hunde, die unter dem Teppich kämpfen« [*Anm. d. Ü.: Churchill hatte den Machtkampf innerhalb der Führung der UdSSR mit einem Kampf auf Leben und Tod zweier Hunde unter einem Teppich verglichen, von denen am Ende nur der siegreiche Hund unter dem Teppich hervorkommt*].

Das einzige wirkliche Problem des alten Dumaquartetts war Rodina. Obwohl diese Partei offensichtlich ein polittechnologisches »Projekt« war, das vom Kreml geschaffen worden war, war Rodina zumindest in ihrem späteren Stadium zugegebenermaßen ein komplexes Phänomen, das dem Kreml einige Probleme verursachte; im Kreml war man sich nicht sicher, ob man die politische Nische von Rodina kooptieren oder kontrollieren sollte, auch ist der Kreml immer über eine nationalistische Basisbewegung besorgt, die er nicht unter Kontrolle hat. Aber auch der Ersatz für Rodina, Gerechtes Russland, bringt Probleme. Eine neue linksnationalistische Partei konnte 2003 zu ihren offiziellen Förderern Abstand halten und ihre Anführer konnten sich als energische Neulinge ausgeben. Gerechtes Russland ist einfach zu offensichtlich pro-Kreml. Darüber hinaus muss, da in Russland jetzt eine Art »Theaterpolitik« herrscht, die Aufmerksamkeit des Publikums bewahrt werden; die sprühende Persönlichkeit von nun ausgeschlossenen Anführern wie Rogosin war wohl der Hauptgrund, warum so viele Wähler 2003 Rodina ihre Stimme gaben. Das vorgeschlagene »Skript« ist schwer verkäuflich: Die Mythen, dass Gerechtes Russland eine Außenseiter-Partei ist, die von Einiges Russland diskriminiert wird, und dass Gerechtes Russland gegen Einiges Russland, aber für Putin ist, sind schwer zu »deichseln« und schwer zu verstehen. Das neue »Kreml 2«-Projekt könnte sich als Flop erweisen, wie 1995 der Rybkin-Block, der neben Unser Haus Russland die andere Hälfte einer zweiseitigen Strategie darstellte, wenn auch vielleicht nicht ganz so spektakulär (Rybkin erhielt 1,1 Prozent der Stimmen). Der Unterschied kann mithilfe von »administrativen Ressourcen« ausgeglichen

werden, das Projekt wird aber keine vorwärtstreibende Dynamik haben.

Wo sollen denn die Stimmen für Gerechtes Russland herkommen? Einiges Russland hat in neueren Umfragen 50 Prozent und mehr erhalten, mehr als 2003, als die Partei 37,6 Prozent der Stimmen erhielt. Um ihr Prestige zu erhöhen, muss Einiges Russland ein besseres Ergebnis als letztes Mal erzielen und wird vielleicht eine absolute Mehrheit mit direkteren Methoden als 2003 erreichen wollen. Die potenzielle Wählerschaft von Gerechtes Russland überschneidet sich, wenn auch nur teilweise, mit den ehemaligen Rodina-Wählern (9 Prozent im Jahre 2003), von denen einige zu Russlands Patrioten oder zur Volksunion wechseln könnten. Bis jetzt haben kremlnahe Polittechnologien weniger »Köder« ausgelegt als letztes Mal, so dass einige der so verschwendeten Stimmen zu haben sind (als 2003 eine Reihe von linksnationalistischen Parteien gegen die Kommunistische Partei ausgerichtet wurde, gewannen sie insgesamt 11 Prozent; die 7-Prozent-Hürde, die von 5 Prozent im Jahr 2003 angehoben worden ist, schreckt Wähler davon ab, ihre Stimmen kleineren Parteien zu geben). Jedoch werden vielleicht entweder die KPRF oder die LDPR oder beide leiden müssen – zum jetzigen Zeitpunkt aber liegen beide in den Meinungsumfragen vor Gerechtes Russland (siehe untenstehende Grafik (Werte für Oktober 2007)).



ER = Einiges Russland, GR = Gerechtes Russland

Quelle: <http://www.levada.ru/reitingi2007.html>

Die LDPR hat möglicherweise Andrei Lugowoi, den angeblichen Mörder von Alexander Litwinenko, als Zweitplatzierten für ihre Parteiliste gewonnen und damit einen ziemlichen Skandalerfolg erreicht, sie hat aber führende Geldgeber wie Suleiman Kerimov von Nafta Moskau und Konstantin Wetrow (an Einiges Russland) verloren, wie auch die langjährige Nr. 2, Alexei Mitrofanow (an Gerechtes Russland). Natürlich ist Shirinowski, der letztes Mal seinen Stimmenanteil auf 11,4 Prozent verdoppeln konnte, vor allem ein Überlebenskünstler, und vielleicht zieht der Kreml es letzten Endes vor, an seinen vorhersagbaren und relativ billigen Diensten festzuhalten. Unterdessen könnte

sich der künstliche Konflikt zwischen Einiges Russland und Gerechtes Russland zugunsten der KPRF auswirken. Tatsächlich könnte die Stammwählerschaft der KPRF ohne Rodina und die »Köder«, die sie 2003 auf 12,6 Prozent herunterbrachten, an die 20 Prozent heranreichen. Interessanterweise haben die Kommunisten sowohl Persönlichkeiten wie Politik für diese Kampagne kaum geändert, in der Hoffnung, dass sich die Kreml-Manager ein weiteres Mal für das bekanntere Übel entscheiden.

Jedoch können Gerechtes Russland, die LDPR und die KPRF nicht alle 10 Prozent oder mehr erreichen. Letztlich können die kleineren Parteien, von denen wiederum die meisten tatsächliche oder potenzielle »Klone« oder anderen Parteien ohne Aussicht auf z.B. eine Regierungsbeteiligung einfach nur Stimmen abnehmen können, den Ausschlag geben, es ist aber schwer, ihre Rolle zu bewerten, solange der Kreml noch nicht entschieden hat, wen er nach unten und wen er nach oben befördern will. Was ist z.B. mit den Patrioten Russlands oder der Partei der Sozialen Gerechtigkeit? Sie könnten genauso gut Gerechtes Russland, KPRF und LDPR oder allen dreien Stimmen abnehmen. In Anbetracht seiner jetzigen Machtsituation kann man dem Kreml vielleicht vorwerfen, dass er es versäumt hat, die Funktion von Projekten neu zu definieren, die 2003 einen deutlicheren Sinn hatten, d.h., der KPRF Stimmen zu rauben und für Rodina Platz zu schaffen, wie auch die Rolle eines virtuellen Chors für die »Anti-Oligarchen«-Kampagne zu spielen, die von Einiges Russland angeführt wurde. Einige dieser Projekte müssen vielleicht in einem späteren Stadium des Wahlkampfes mit Finanzspritzen und Werbekampagnen wiederbelebt werden. Zu diesem Zeitpunkt ist es vielleicht schwerer, sie umzufunktionieren.

### Der Wahlkampf des Jahres 2007

Dem Wahlkampf des Jahres 2007 fehlt fürs Erste ein Thema. Sobald er in Gang ist, könnten sich mehr Bausteine zusammenfügen. In entscheidenden Punkten unterscheidet sich der Wahlkampf 2007 sehr von dem des Jahres 2003 und ist völlig anders als der Wahlkampf 1999. Der Kreml hat beträchtliche Popularität und Ressourcen. Das Problem besteht darin, diese Popularität und Ressourcen zu bewahren und ihren Transfer zu managen, sei es in der »Operation Nachfolger«, sei es zu Putins neuer Machtbasis, ohne einen offenen Elitenkonflikt zu provozieren. Die Polittechnologien des Kremls sind jedoch weder an Status-quo-Wahlen noch an Wahlen ohne Drama gewöhnt. In der »verwalteten Demokratie« gibt es wohl eine eingebaute Tendenz, sich ständig neu zu erfinden, in jedem Wahlzyklus ein neues Drama zu inszenieren, um die Wähler weiterhin unter Kontrolle zu halten. Ein Grund für die

Ernennung von Ministerpräsident Viktor Subkow und für die Gerüchte einer neuen Antikorruptions-Kampagne (*tschistka* [russisch: Säuberung]) könnte sein, Gerechtes Russland Auftrieb zu geben. Vielleicht gibt es die Regel, dass man dasselbe Kunststück nicht zweimal vorführen kann, aber die »Oligarchen« und Russlands unpopuläre »Offshore-Aristokratie« liefern hierfür wahrscheinlich ausreichenden Spielraum. Jedoch besteht das diesjährige Drama eher aus Variationen des Themas »Russland ist wieder da«, nicht nur mithilfe der Winterolympiade oder des Anspruchs auf den Nordpol. Konflikte mit Nachbarn und die Behauptung der »souveränen Demokratie« durch eine »De-Internationalisierung« Russlands durch die Auseinandersetzung

mit den NGOs und der OSZE haben vielleicht Auswirkungen auf die Außenpolitik, kommen aber bei Putins Stammwählern gut an.

Dieses ist wahrscheinlich der deutlichste Ausdruck des eingeschränkten Einflusses der Opposition – ihre Unfähigkeit, die vom Kreml aufgestellte Agenda oder auch nur die Unterordnung der Wahlen des Jahres 2007 unter diejenigen des Jahres 2008 in Frage zu stellen.

Zu guter Letzt ist eine Form von Opposition endgültig ausgerottet worden: die 4,7 Prozent, die 2003 »gegen alle« stimmten. Diese Möglichkeit gibt es auf russischen Stimmzetteln nicht mehr.

*Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann*

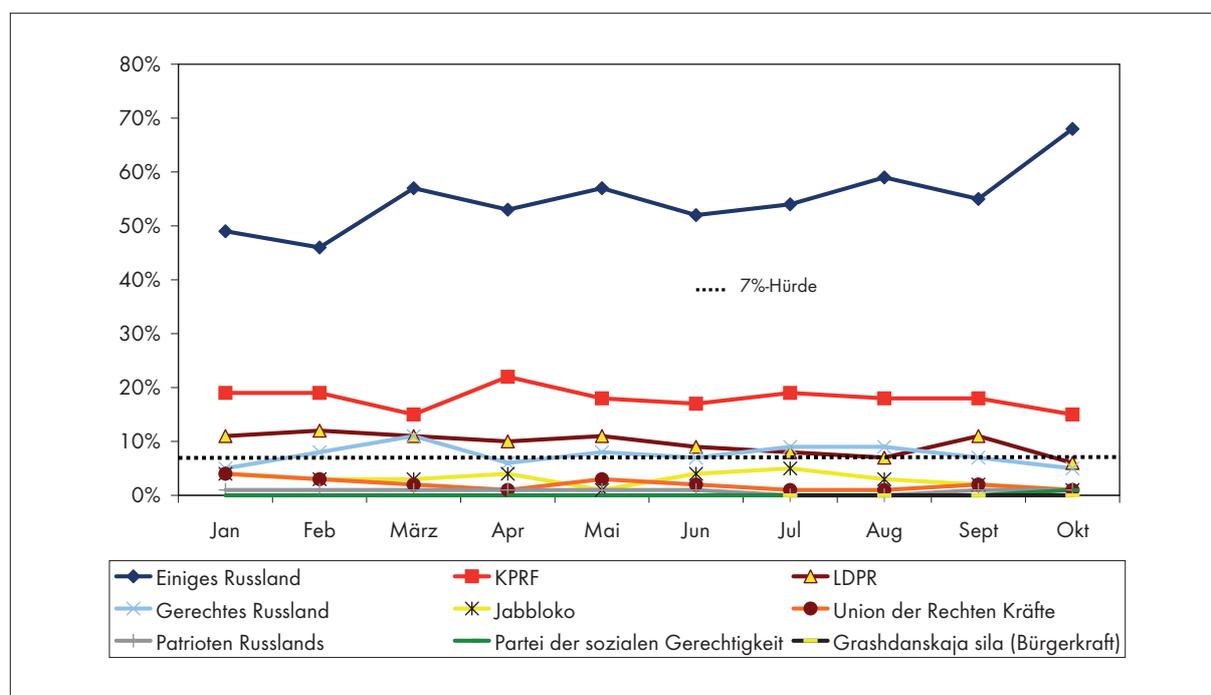
*Über den Autor:*

Andrew Wilson ist Senior Lecturer an der School of Slavonic and East European Studies, University College London, und Honorary Fellow des Royal Institute of International Affairs, London. Er ist der Autor von *Virtual Politics: Faking Democracy in the Post-Soviet World* (Yale University Press, 2005).

## Tabellen und Grafiken zum Text

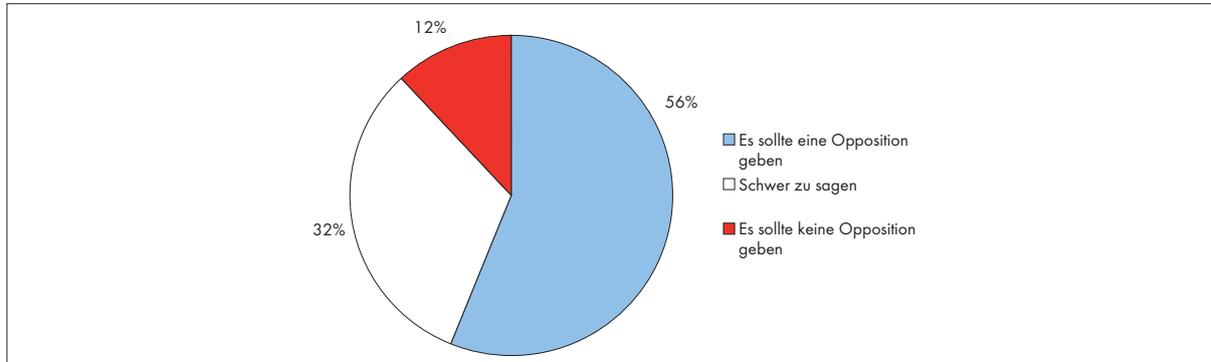
### Die Einstellungen der russischen Bevölkerung zu und Kenntnis über die Opposition

Umfragewerte der Parteien, Januar–Oktober 2007 (in % derjenigen, die wählen wollen)

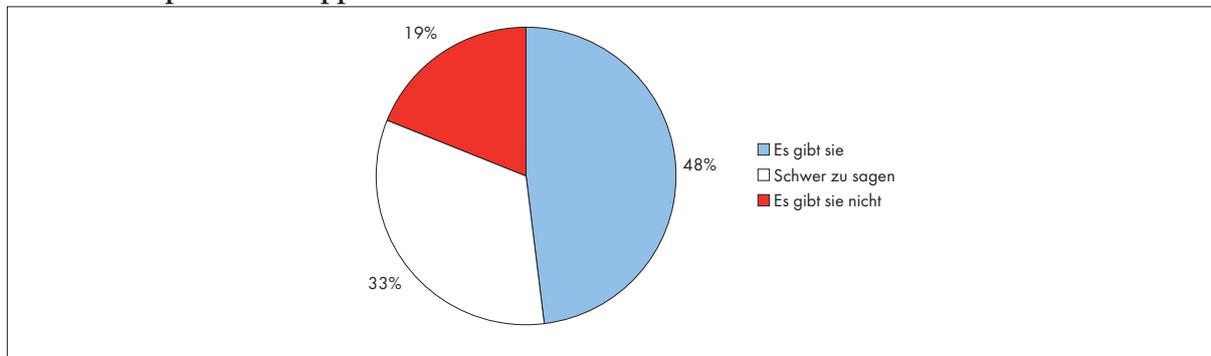


Quelle: <http://www.levada.ru/reitingi2007.html>

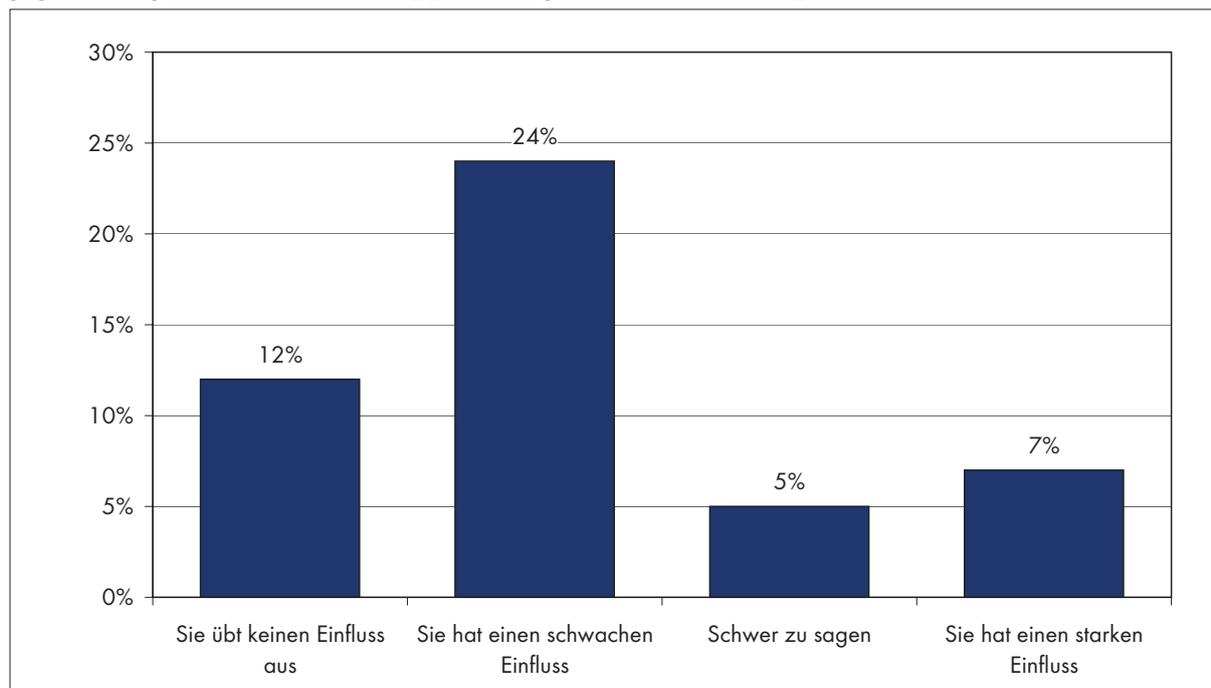
Manche Menschen meinen, dass es in unserem Land eine Opposition geben sollte, andere denken, dass es keine Opposition geben sollte. Was ist Ihre Meinung?



Gibt es eine politische Opposition oder nicht?

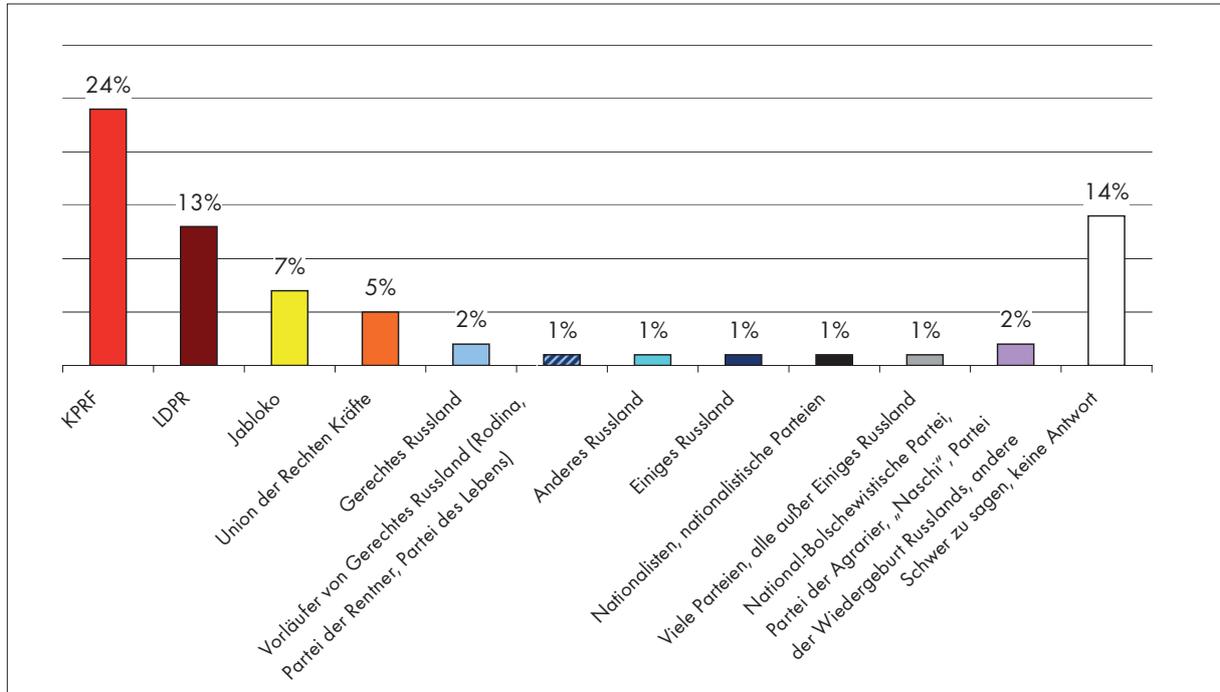


Hat die Opposition heute Einfluss auf die Lage in Russland oder nicht? Wenn ja, hat sie einen starken oder einen schwachen Einfluss? (Antworten derjenigen, die antworteten, dass es gegenwärtig in Russland eine Opposition gibt – 48 % der Respondenten)

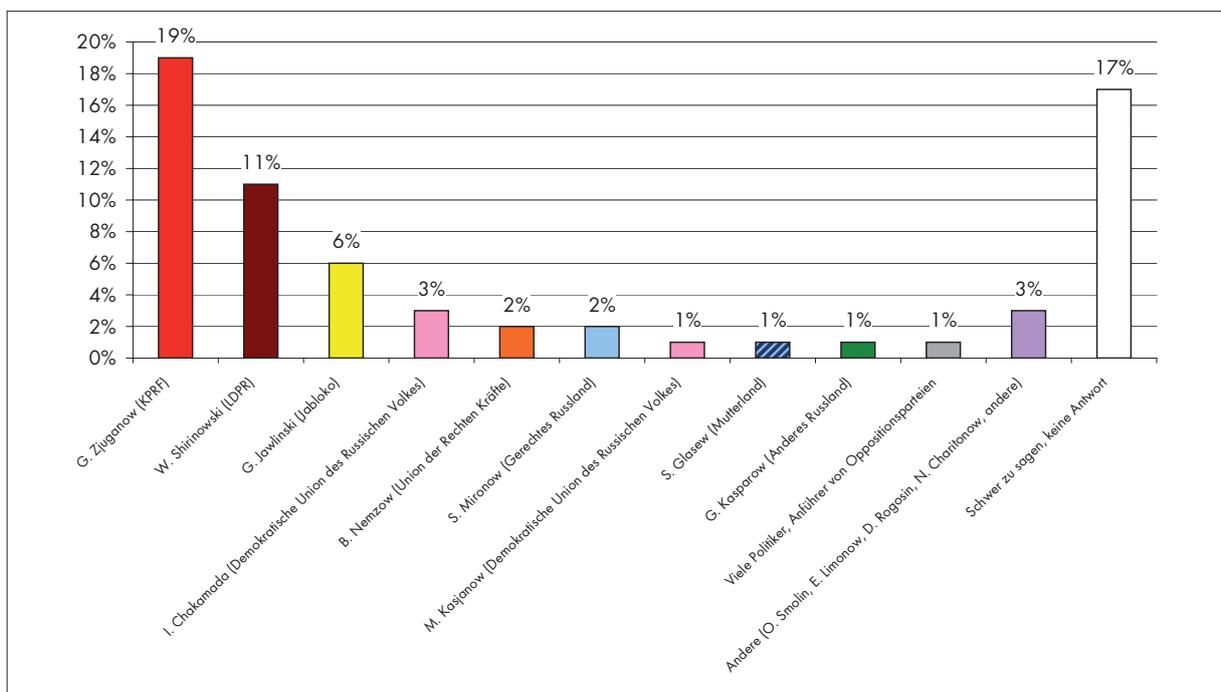


Quelle: Meinungsumfrage der Stiftung Öffentliche Meinung, 23.–24. Juni 2007, <http://bd.fom.ru/report/map/d072621>

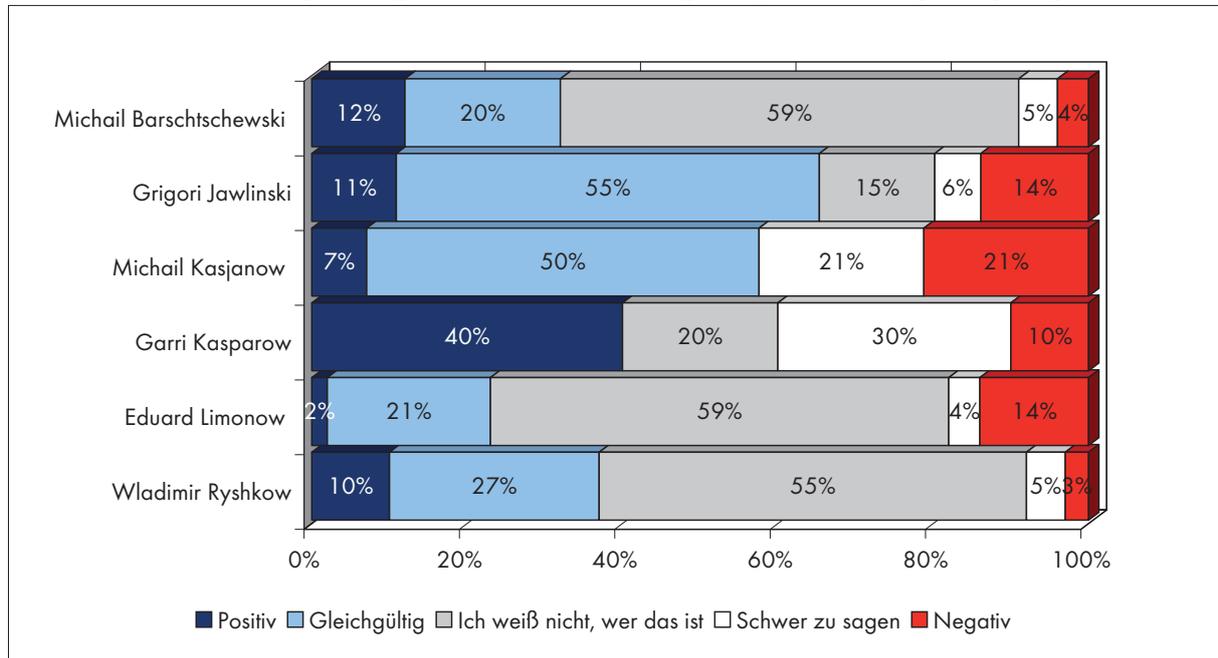
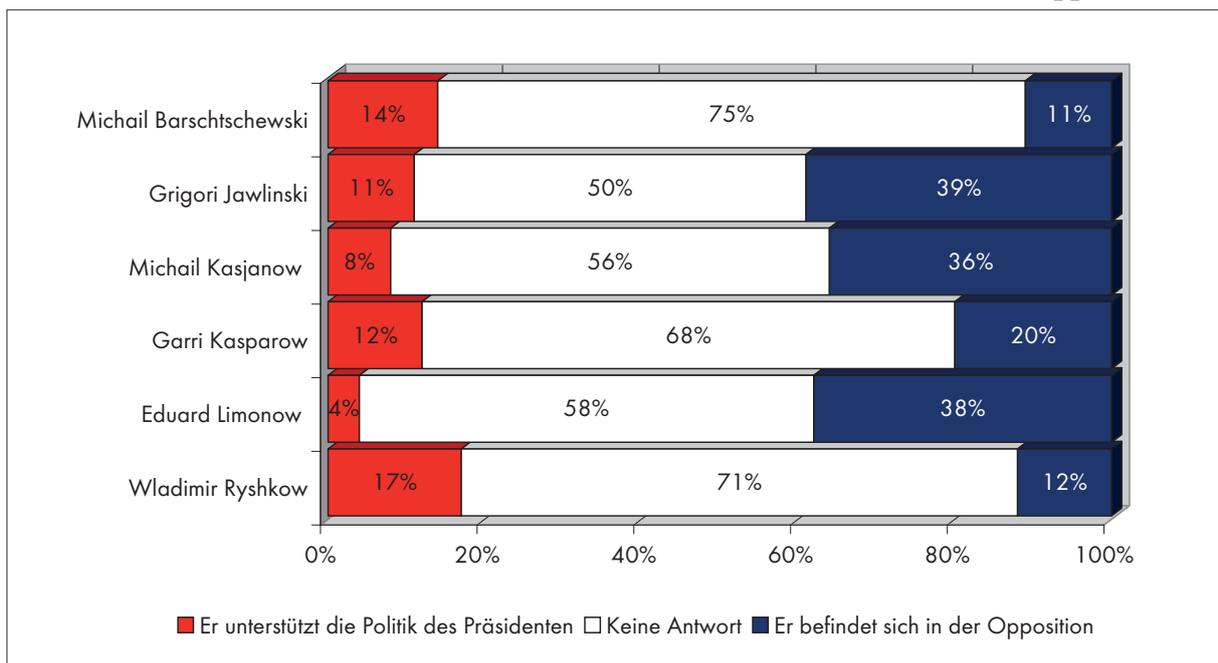
Welche Parteien, politischen Bewegungen und Organisationen befinden sich Ihrer Ansicht nach in der Opposition gegen die gegenwärtige Regierung? (Offene Frage, die nur denjenigen gestellt wurde, die antworteten, dass es eine Opposition in Russland gibt)



Welche Politiker befinden sich Ihrer Ansicht nach in der Opposition gegen die gegenwärtige Regierung? (Offene Frage, die nur denjenigen gestellt wurde, die antworteten, dass es eine Opposition in Russland gibt)



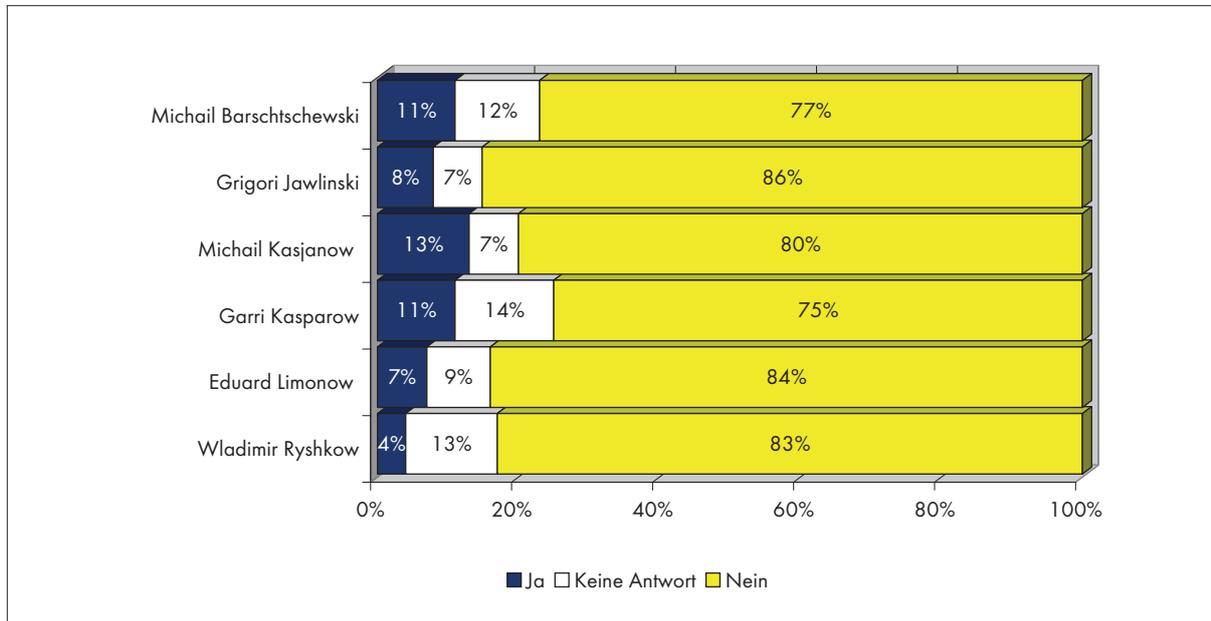
Quelle: Meinungsumfrage der Stiftung Öffentliche Meinung, 23.–24. Juni 2007, <http://bd.fom.ru/report/map/d072621>

**Wie ist Ihre Einstellung zu folgenden Politikern – negativ, positiv oder gleichgültig?**

**Unterstützt ... die Politik des Präsidenten Russlands oder befindet er sich in der Opposition?**


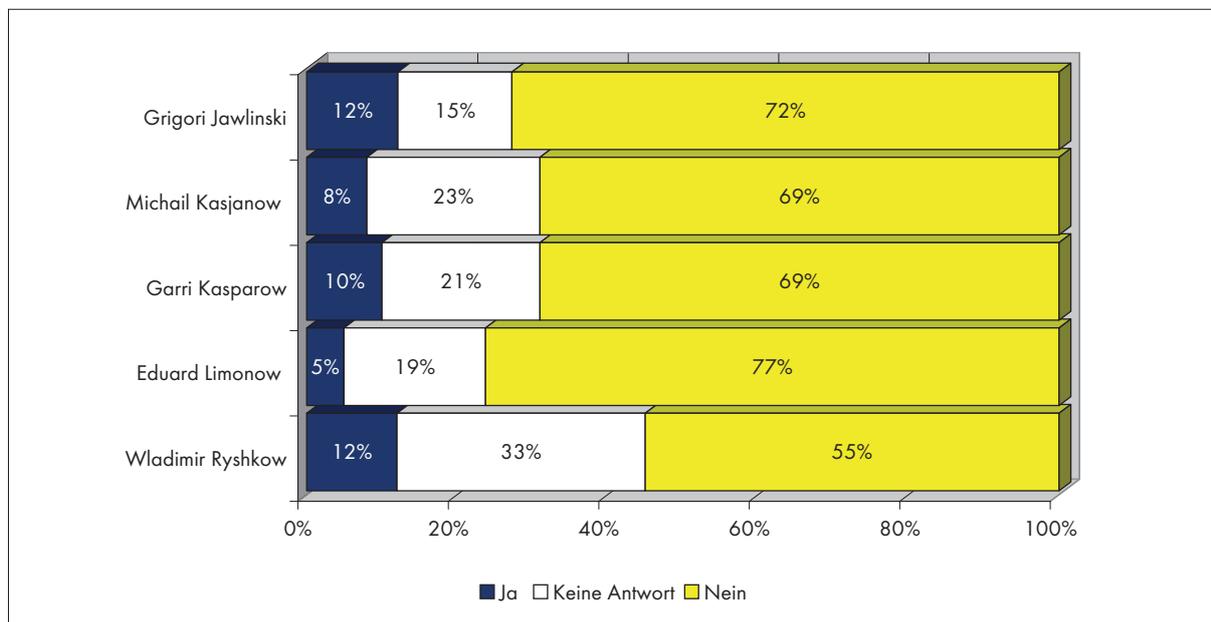
Parteizugehörigkeiten: Michail Barschtschewski – Grashdanskaja sila (Bürgerkraft), Grigori Jawlinski – Jabloko, Michail Kasjanow – Demokratische Union des Russischen Volkes, Garri Kasparow – Anderes Russland, Eduard Limonow – National-Bolschewistische Partei, Wladimir Ryshkow – Unabhängiger Dumaabgeordneter und Republikanische Partei Russlands.

Quellen: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) Juni / Juli 2007, <http://bd.fom.ru/report/map/d072823>, [http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0727/domt0727\\_3/d072723](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0727/domt0727_3/d072723), [http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0724/domt0724\\_3/d072422](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0724/domt0724_3/d072422), [http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0726/domt0726\\_3/d072622](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0726/domt0726_3/d072622), [http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0729/domt0729\\_3/d072903](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0729/domt0729_3/d072903), [http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0731/domt0731\\_3/d073122](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0731/domt0731_3/d073122)

### Haben Sie in der letzten Zeit in den Zeitungen, im Radio und im Fernsehen Informationen über ... gehört oder gesehen?



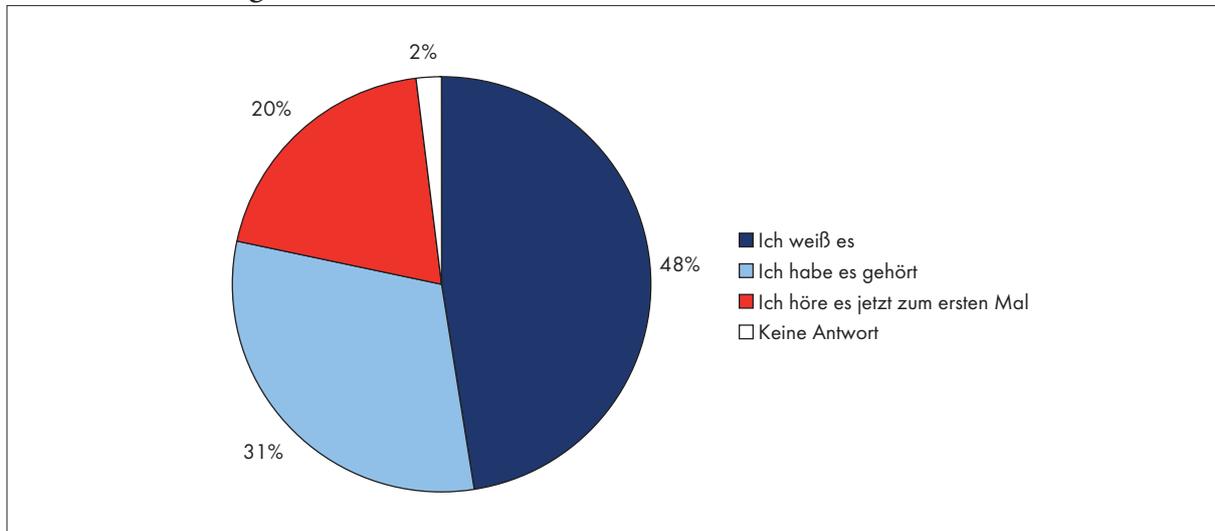
### Würden Sie die Möglichkeit erwägen, bei den Präsidentenwahlen 2008 für ... zu stimmen?



Parteizugehörigkeiten: Michail Barschtschewski – Grashdanskaja sila (Bürgerkraft), Grigori Jawlinski – Jabloko, Michail Kasjanow – Demokratische Union des Russischen Volkes, Garri Kasparow – Anderes Russland, Eduard Limonow – National-Bolschewistische Partei, Wladimir Ryshkow – Unabhängiger Dumaabgeordneter und Republikanische Partei Russlands.

Quellen: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) Juni / Juli 2007, <http://bd.fom.ru/report/map/d072823>, [http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0727/domt0727\\_3/d072723](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0727/domt0727_3/d072723), [http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0724/domt0724\\_3/d072422](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0724/domt0724_3/d072422), [http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0726/domt0726\\_3/d072622](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0726/domt0726_3/d072622), [http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0729/domt0729\\_3/d072903](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0729/domt0729_3/d072903), [http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0731/domt0731\\_3/d073122](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0731/domt0731_3/d073122)

Wissen Sie, haben Sie gehört, oder hören Sie jetzt zum ersten Mal, dass Wladimir Putin die Parteiliste von Einiges Russland bei den bevorstehende Dumawahlen anführen wird?



Quelle: Umfrage der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM), 13.–14. Oktober 2007,  
<http://bd.fom.ru/report/map/d074221>

## Kommentar

### Worauf »Jabloko« hofft oder warum wir an den Wahlen teilnehmen

Galina Michaleva, Mitglied des Vorstandes von Jabloko, Moskau

In dem bereits gefestigten autoritären System bürokratischer Clans, das sich in Russland herausgebildet hat, ist die Existenz der Russischen Vereinten Demokratischen Partei Jabloko widersinnig.

#### Wahlen ohne Wahl und Imitation eines Parteiensystems

Die Gesetzesänderungen und die politische Praxis in der zweiten Amtsperiode Putins haben Konkurrenzelemente der ohnehin unfreien Wahlen nahezu vollständig vernichtet, indem sie für die Opposition die Möglichkeit, in der Staatsduma vertreten zu sein, fast zunichte gemacht haben. Das Einverständnis Putins, die Parteiliste von »Einiges Russland« anzuführen, hat den Entstehungsprozess günstigster Bedingungen für die machthabende Partei der korrumpierten Bürokratie vollendet.

Das russische politische Spektrum das im wesentlichen aus imitierten politische Parteien besteht, die sich an imitierten Wahlen mit einem im Voraus bekannten Ergebnis beteiligen sollen, sieht derzeit folgendermaßen aus.

Die 14 nach aktuellem Stand an den Wahlen teilnehmenden Parteien lassen sich in folgende Gruppen unterscheiden:

*Administrative Parteien*, die Putin und seine Politik unterstützen und die unterschiedlich stark vom Kreml unterstützt werden:

- »Einiges Russland«, das in seinen von Ministern und Gouverneuren angeführten Parteilisten alle »Schergewichte« aus Geschäftsleben und Politik versammelt hat, die um Künstler, Sportler sowie Arbeiter und Bauern (nach dem sowjetischen Muster) ergänzt wurden;
- »Gerechtes Russland«, das Bürokraten aus der zweiten Reihe und Überläufer aus anderen Parteien versammelt, die sich Sorgen um ihre Sitze in der Staatsduma machen; Putins Entscheidung für Einiges Russland zu kandidieren hat die Partei in eine zwiespältige und wohl auch hoffnungslose Lage gebracht, denn sie kann nicht mit der von Putin angeführten Partei konkurrieren, wenn sie ihn unterstützen will;
- die Liberal-Demokratische Partei Russlands, die durch den Verlust einer Reihe bekannter Politiker

und Geschäftsleute geschwächt wurde. Die Zweckmäßigkeit ihrer Existenz wird ebenfalls in Frage gestellt, weil es keinen Bedarf mehr an einer zusätzlichen Fraktion gibt, die eine verfassungsändernde Mehrheit im Parlament garantiert.

*Administrative Projekte*, die ebenfalls dem Kreml untergeordnet sind, jedoch eine Helfer- bzw. Ersatzrolle spielen, die zur Festigung ihrer Spitzenpolitiker und der Vortäuschung eines entwickelten Parteiensystems dienen: die Agrarpartei, die Volksunion, die Russische Partei für Frieden und Einheit, die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

*Täuschungsprojekte*, die vom Kreml dazu geschaffen wurden, der Opposition ihre Wählerstimmen wegzunehmen: die Demokratische Partei Russlands, die »Bürgerkraft«, die »Grünen«, die »Patrioten Russlands«.

*Echte Oppositionsparteien*, die, wie die Kommunistische Partei der Russischen Föderation und die Russische Vereinte Demokratische Partei Jabloko, eine ideologische Grundlage, eine reale Mitgliederbasis und eine starke Stammwählerschaft besitzen.

Die Union der Rechten Kräfte befindet sich in einer Grenzlage und vereint bis jetzt unterschiedliche Positionen und Strategien sowohl einer administrativen Partei als auch eines parteilichen Wirtschaftsjahresprojektes, das auf Stimmenkauf und Oppositionselementen basiert.

Eine ganze Reihe bekannter Politiker und politischer Gruppen mit unterschiedlichen politischen Orientierungen geriet in die *nicht-systemkonforme Opposition* und kann ohne Parteistatus nicht an den Wahlen teilnehmen, wie etwa »Anderes Russland«. Eine Reihe von früher legal bestehenden Parteien konnte nach den neuen Wahlgesetzen nicht registriert werden, die bekannteste davon ist die Republikanische Partei.

Zwischen 2004 und 2007 wurde immer wieder versucht, Parteien, Bewegungen und Koalitionen innerhalb der Opposition in unterschiedlicher Form zu bilden: »Das Komitee 2008«, dann die Vereinte Bürgerfront, die Volksdemokratische Union, die Mitglieder des Bündnisses »Anderes Russland« waren, das außerdem linke Organisationen – die Nationalbolschewistische Partei, Avantgarde der Roten Jugend und Arbeitsrusslands u. a. – vereinte. Alle Versuche, eine vereinte Opposition mit einer klaren Grundlage zu bilden, wurden durch Konflikte und Spaltung beendet. Heute wirken auf diesem Feld: das Bündnis »Ein anderes Russland«, das durch die Nationalbolschewistische Partei von Eduard Limonow und die Vereinte Bürgerfront von Garri Kasparow gebildet wurde; die Nationaldemokratische Union von Michail Kasjanow, deren Mitglied Irina Chakamada ist. Wladimir Ryshkow wurde nach der abgelehnten Registrierung seiner Republikanischen Partei und nach der Trennung von »Anderes

Russland« trotz früherer Zusagen nicht in die Parteiliste der Union der Rechten Kräfte aufgenommen.

Die schwierige Lage dieser Politiker und Gruppen ist einerseits durch gesetzliche Regelungen bedingt, die die Bildung von Blocks und die Teilnahme der Vertreter einer Partei auf den Listen einer anderen verbieten. Andererseits führten unterschiedliche politische Ansichten, innere Konflikte und ungeschickte politische Handlungen anstatt zu einer Einigung der Opposition zu ihrer Schwächung.

### Boycott oder Teilnahme an den Wahlen?

Im aktuellen politischen Diskurs der russischen systemkonformen und nicht-systemkonformen Opposition gibt es zwei unterschiedliche Positionen im Hinblick auf die Wahlen, die auch innerhalb von Jabloko, diskutiert werden. Die einen bezeichnen die anstehenden Wahlen als reine Imitation. An diesem Prozedere teilzunehmen, bedeute das autoritäre Regime zu legitimieren. Die anderen sind der Ansicht, dass momentan noch die Möglichkeit besteht, den eigenen Standpunkt dem Wähler näher zu bringen. Deswegen müsse an den Wahlen teilgenommen werden.

Die Standpunkte der nicht-systemkonformen Opposition sind in dieser Frage sehr widersprüchlich und werden ständig gewechselt. Die Vertreter des Bündnisses »Anderes Russland« (G. Kasparow und E. Limonow), die Jabloko und die Union der Rechten Kräfte wegen ihrer Teilnahme an Wahlen lange eines Arrangements mit dem Kreml beschuldigten und dazu aufriefen, die Dumawahlen zu boykottieren, präsentierten der Zentralen Wahlkommission letztendlich selbst eine Parteiliste. Der ehemalige Ministerpräsident Michail Kasjanow, der aus dieser Organisation zusammen mit der Russischen Volksdemokratischen Union ausgetreten ist, und der radikale Kommunist Wiktor Anpilow, der erst ausgetreten und dann wieder eingetreten ist, rufen dagegen weiterhin zum Boykott der Wahlen auf. Während die einen und die anderen zum Boykott der Dumawahlen aufriefen, versuchten sie erst zusammen und dann getrennt innerparteiliche Vorwahlen zur Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten zu organisieren. Innerhalb von Jabloko gab es in der parteiinternen Diskussion eine Gruppe, die sich nach dem Mord an der Journalistin Anna Politkowskaja, nach dem Ausschluss von den Wahlen in Karelien und der Ablehnung der Registrierung in St. Petersburg, wo Jabloko gute Chancen hatte, ebenfalls für den Boykott aussprach.

Aber dominierend war doch die Position, an den Wahlen teilnehmen zu müssen. Die Argumente dafür sind:

- Es ist die einzige Möglichkeit, unseren Standpunkt zum politischen Regime, zur wirtschaftlichen und

politischen Entwicklung des Landes und unsere Alternativvorschläge dem Wähler näher zu bringen, wobei es einerlei ist, wie begrenzt unsere Möglichkeiten ohne jeglichen Zugang zu wichtigen Fernsehsendern sind.

- Wir haben Verpflichtungen unseren Parteimitgliedern und Anhängern gegenüber, die von uns eine Teilnahme an den Wahlen erwarten.
- Wenn wir an den Wahlen nicht teilnehmen, gefährdet dies die weitere Existenz der Partei, die so nicht als eine organisierte Kraft bis zu dem Moment bestehen bleiben kann, in dem sich die autoritären Tendenzen womöglich abschwächen und die Opposition dadurch eine reale Chancen bekommt.
- Die Erhaltung der Organisationsstruktur ohne Parteistatus ist nur auf zwei Wegen möglich: Umwandlung in eine NGO oder Gründung einer Widerstandsbewegung mit subversiven Strategien. Der zweite Weg ist bei einer bestimmten Entwicklung der Ereignisse der wahrscheinliche. Er sollte aber erst gegangen werden, wenn alle Handlungsmöglichkeiten auf dem legalen politischen Feld ausgeschöpft worden sind.
- Außerdem verwandeln die letzten Gesetzesänderungen in Verbindung mit der Verdrehung der Ergebnisse auf der Ebene regionaler Wahlkommissionen und mit der Zensur bedeutender Massenmedien und dem Mangel an Widerstandspotential den Boykott in eine unsinnige Aktion.

Die von der Zentralen Wahlkommission bereits beglaubigte Wahlliste von Jabloko enthält auf den ersten drei Plätzen außer dem Parteivorsitzenden und seinem Stellvertreter (G. Jawlinskij und S. Iwanenko) den bekanntesten Bürgerrechtler des Landes und ehemaligen Dissidenten Sergej Kowaljow, der sich über das Regime und den Präsidenten ausschließlich kritisch geäußert hat.

Die Wahlliste mit 97 Regionalgruppen und 342 Personen enthält keine Beamten höheren Ranges, keine Oligarchen. Sie ist ein Zusammenschluss des aktiven Teils unserer Gesellschaft. Darin gibt es Unternehmer, Hochschuldozenten, Leiter von NGOs, Journalisten, Studenten, Rentner, Ökologen, Bürgerrechtler, Vorsitzende freier Gewerkschaften. In der Wahlliste sind mehr Jugendliche und Frauen vertreten als in den Wahllisten anderer Parteien, 10 bzw. 28 Prozent.

### **Worauf wir hoffen**

Das vor den Wahlen in Russland entstandene politische System ist widersprüchlich. Es lässt eine Entwicklung in mehrere Richtungen zu. Der eine geht in Richtung einer starken Autokratie: Aufzwingen einer einheitlichen Ideologie; Elemente eines Persönlichkeitskultes; Versuche, Mobilisierungsmechanismen einzusetzen. Andererseits führen die Unmöglichkeit, den Repressionsapparat umfassend zur Erhaltung des Regimes zu verwenden, und der fehlende Eiserner Vorhang zu unvermeidlichen Zweifeln seitens der Schlüsselfiguren aus Politik (und Geschäftsleben) an der Aufrechterhaltung der nach-putinschen Stabilität. Das führt zu sich verschärfenden Konflikten, wobei kriminelle Verfolgungsmethoden nicht nur gegen Wahlkampfgegner, sondern auch innerhalb der machtausübenden Strukturen eingesetzt werden.

Innerelitäre Konflikte öffnen neue Möglichkeiten sowohl für »Reformer« in den Machtstrukturen als auch für die demokratische Opposition. Eine wichtige Aufgabe ist es, diese Möglichkeiten zu nutzen (z. B. Sendezeit bei wichtigen Fernsehsendern), wenn sie entstehen. Aber das Wichtigste ist, allen denkenden Bürgern näher zu bringen, dass es zum gegenwärtigen Entwicklungskurs des Landes und zum heutigen Präsidenten Alternativen gibt.

## Chronik

## Vom 10. bis zum 18. Oktober 2007

10.10.2007	Ministerpräsident Viktor Subkow ernennt Andrej Dutow, einen ehemaligen GRU-Offizier, der bisher in der ONEKSIM-Bank tätig war, zum Leiter von Rosprom, der Föderalen Industrieagentur, und Alexander Suchorukow, einen ehemaligen KGB-Mann, der mit Subkow in der Agentur für Finanzmonitoring arbeitete, zu seinem persönlichen Gehilfen.
10.10.2007	Auf einer Energiekonferenz in Wilna, an der Vertreter von 10 osteuropäischen Staaten teilnehmen, vereinbaren Repräsentanten der Ukraine, Georgiens, Aserbaidshans, Litauens und Polen den Bau einer Erdölpipeline von der Westukraine nach Danzig, die russisches Gebiet nicht berührt. Die Pipeline soll eine Länge von 500 km haben und 700 Mio. US\$ kosten.
11.10.2007	Auf einer Sitzung des Staatsrates in Ufa weist Putin auf die Teuerung von Grundnahrungsmitteln an und kündigt eine Rentenerhöhung für den 1. Dezember an.
11.10.2007	Anhänger von »Einiges Russland« demonstrieren in Rostow am Don gegen Boris Nemzow (Union der Rechten Kräfte), der sein neues Buch vorstellen und sich mit Wählern treffen will. Der angemietete Saal wird nicht geöffnet, so dass Nemzow seine Wählerversammlung auf der Straße abhalten muss.
12.10.2007	Putin empfängt US Außenministerin Condoleezza Rice und US Verteidigungsminister Robert Gates in seiner Residenz in Nowo Ogarewo und erörtert mit ihnen u.a. die Frage der geplanten Stationierung von US Raketenabwehrsystemen in Polen und Tschechien.
13.10.2007	Condoleezza Rice trifft mit Vertretern russischer Menschenrechtsgruppen zusammen.
14.10.2007	Interfax berichtet, dass auf Putin ein Mordanschlag geplant sei, der während seiner Iranreise stattfinden solle.
14.– 15.10.2007	Deutsch-russische Regierungskonsultationen und »Petersburger Dialog« in Wiesbaden. Die russische Delegation umfasst Präsident Putin, 12 Minister und den Leiter von Rosatom. Merkel und Putin erörtern Fragen der internationalen Politik und der deutsch-russischen Beziehungen.
16.10.2007	Gipfel der fünf Staaten des Kaspischen Raums (Russland, Iran, Kasachstan, Aserbaidshans und Turkmenistan) in Teheran. Im Kontext des Gipfels warnt Präsident Putin vor einem militärischen Angriff auf den Iran und erklärt, dass der Iran das Recht habe, zivile Atomenergie zu entwickeln. Putin verspricht die Fertigstellung des iranischen AKW Bushehr, weicht der Frage nach dem Zeitpunkt der Lieferung von nuklearem Brennstoff aber aus.
16.10.2007	Der »World Investment Report« wird von der UNO veröffentlicht; danach sind 2006 ausländische Direktinvestitionen im Umfang von 29 Mrd. US\$ getätigt worden.
16.10.2007	»Reporter ohne Grenzen« veröffentlicht den World Press Freedom Index 2007; Russland wird an 144. Stelle aufgeführt, 2006 war es an 147. Stelle.
17.10.2007	German Gref, bis vor kurzem Minister für Handel und Wirtschaftsentwicklung, wird als Präsident der Sberbank benannt. Die Ernennung muss auf dem Treffen der Anteilseigner am 28.11.2007 bestätigt werden.
18.10.2007	Der Vorsitzende der Union der Rechten Kräfte, Nikita Belych, beschuldigt auf der Website eine Reihe Oligarchen, sich der regierenden Partei unterzuordnen und nichts gegen die »Restauration des Sozialismus« im Land zu tun.
18.10.2007	In Ekashewo in der Republik Inguschien werden vier Milizionäre von Unbekannten mit automatischen Waffen getötet.
18.10.2007	Präsident Wladimir Putin beantwortet drei Stunden lang live im Fernsehen Fragen der Bürger. Es werden ca. eine Million Fragen per Telefon, SMS und Internet gestellt. U.a. kündigt Putin eine »grandiose« Aufrüstung der Streitkräfte an (u.a. soll 2008 der Bau eines neuen Atom-U-Boots begonnen werden), fordert ein Datum für den Abzug der US-Streitkräfte aus dem Irak, verweist auf den Rückgang von Terrorangriffen als Beleg für den Erfolg seiner Sicherheitspolitik, erklärt, dass gegenwärtig keine Pläne für eine Zensur des Internets bestünden und wendet sich dagegen, dass der russischen Regierung mehr Vollmachten gegeben werden.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

## Lesehinweis

OSTEUROPA 8–9/2007 ist erschienen. Das Themenheft »Machtmosaik Zentralasien: Traditionen, Restriktionen, Aspirationen« enthält auf 648 Seiten 42 Beiträge, 23 farbige Karten, 40 Abbildungen und kostet 32,00 €. Inhaltsverzeichnis und Abstracts unter: <http://osteuroopa.dgo-online.org/392.0.html>. Bestellen Sie unter: [osteuroopa@dgo-online.org](mailto:osteuroopa@dgo-online.org). Das Heft enthält unter anderem folgende Beiträge zu Russland:

**Uwe Halbach**

### **Das Erbe der Sowjetunion Kontinuitäten und Brüche in Zentralasien**

Die Sowjetunion wirft in Zentralasien weite Schatten. Trotz der Auflösung der UdSSR und der Unabhängigkeit der fünf zentralasiatischen Sowjetrepubliken war das Jahr 1991 keine Stunde Null. Zwar postulierten die politischen Eliten eine kulturelle »Wiedergeburt« und politische Neuorientierung unter nationalstaatlichen Vorzeichen. Doch sowjetische Traditionen wirken fort. Insbesondere die Breschnjew-Ära ist bedeutsam. Diese »bleierne Zeit« war in Zentralasien von Dynamiken charakterisiert, die für die Entwicklung der Region bis heute relevant sind. In jahrzehntelangen Amtszeiten der kommunistischen Führer bildeten sich gesellschaftliche, kulturelle und politische Trends heraus, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Staaten prägen.

**Ingeborg Baldauf**

### **Tradition, Revolution, Adaption Die kulturelle Sowjetisierung Zentralasiens**

Die sowjetische Kulturpolitik in Zentralasien unterlag über die Jahrzehnte starken Wandlungen. In den 1920er Jahren dominierte ein emanzipatorischer Kulturansatz, der das sozialistische mit dem nationalen Projekt verknüpfte und sich mit Modernisierungsbestrebungen der zentralasiatischen Intelligenzija traf. Die stalinistische Kulturrevolution unterbrach diese Entwicklung. Sie ersetzte kulturellen Pluralismus durch sowjetischen Paternalismus, Standardisierung und Folklorisierung. Unter der Oberfläche hielten sich jedoch bis zum Zerfall der UdSSR Elemente einer originär zentralasiatischen Alltagskultur, traditionelle Werte, Sitten und Rituale.

**Sébastien Peyrouse**

### **Rückkehr und Aufbruch Zentralasiatische Migrationsströme**

Nach der Auflösung der UdSSR verließen Millionen von Russen Zentralasien. Seit Mitte der 1990er Jahre wandern Zentralasiaten als Arbeitskräfte nach Russland. Die Migration bietet Chancen und Risiken. Russland gewinnt Arbeitskräfte, doch durch wachsende Xenophobie droht gesellschaftliche Destabilisierung. Die Migranten überweisen Einkommen nach Hause. Dieser Geldzufluss erzeugt Wohlstand und Stabilität. Doch der Bevölkerungsschwund führt auch zu sozialen Verwerfungen.

**Roy Allison**

### **Blockaden und Anreize Autoritarismus und regionale Kooperation**

Regionale Kooperation in Zentralasien scheiterte bislang an nationalen Rivalitäten und Desinteresse. Die autoritären Herrscher sind nicht bereit, Souveränitätsrechte abzugeben und ihre Macht zu gefährden. Westlicher Demokratisierungsdruck und islamischer Fundamentalismus drängen die Machthaber zur Kooperation. Doch transregionale Organisationen wie die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit betrachten sie primär als Instrumente zur Herrschaftsstabilisierung. Russland hat seit den »farbigen Revolutionen« als Schutzmacht gegen Demokratisierung an Bedeutung gewonnen.

**Anna Matveeva**

### **Traditionen, Kalküle, Funktionen Russlands Rückkehr nach Zentralasien**

Nach der Auflösung der UdSSR spielte Zentralasien keine Rolle mehr in Russlands Außenpolitik. In Putins zweiter Amtszeit hat sich das verändert, Russland verfügt wieder über die finanziellen Mittel und Instrumente. Zentralasien ist zu einer wichtigen Bühne geworden, auf der Russland sicherheitspolitische und ökonomische Interessen verfolgt und in einer Mächtekonkurrenz mit China und den USA steht. Dabei kann es auf sowjetische Netzwerke und Praktiken zurückgreifen. Putins Rollenmodell und Russlands »gelenkte Demokratie« kommen den Interessen der autoritären Herrscher Zentralasiens entgegen. Allerdings ist ihre Bereitschaft gering, sich einem Moskauer Diktat zu unterwerfen.

H. Rempel, S. Schmidt, U. Schwarz-Schampera, S. Röhling, K. Brinkmann

#### Die Rohstoffe Zentralasiens

##### Vorkommen und Versorgungspotential für Europa

Zentralasien rückt weltweit ins Blickfeld der Energieverbraucher. Eine Analyse des Versorgungspotentials und der Förderprognosen zeigt, dass Zentralasien künftig mehr Erdöl und Erdgas, Kohle und Uran fördern wird. Öl und Gas könnten einen Beitrag zur Diversifizierung der Energieimporte der EU leisten. Kohle wird eher in der Region verbraucht werden und Uran primär nach Russland geliefert. Ihren wachsenden Importbedarf an Energierohstoffen wird die EU kaum durch Zentralasien decken können.

Roland Götz

#### Mythos Diversifizierung

##### Europa und das Erdgas des Kaspiraums

Die Erdgasvorkommen des Kaspischen Raums haben nicht nur im Westen, sondern auch in der Region große Erwartungen geweckt. Während Europa mit ihnen die Hoffnung verbindet, seine Erdgasimporte weiter regional diversifizieren zu können, möchten sich die Staaten der Region von Russland emanzipieren. Doch für eine Umorientierung der Erdgasexporte Richtung Westen müsste eine Reihe von Bedingungen erfüllt werden. Voraussichtlich wird Aserbaidschan zu größeren Gasexporten nach Europa in der Lage sein, während Turkmenistan und Kasachstan vor allem Russland und China beliefern werden. Europa sollte sich nicht auf einen politisch gesteuerten »Diversifizierungswettlauf« mit Gazprom einlassen.

Kirsten Westphal

#### Wettlauf um Energieressourcen

##### Markt und Macht in Zentralasien

Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan sind von strategischer Bedeutung für die Weltenergiemärkte. Der Wettlauf um Ressourcen und Pipelines steht oft unter dem Schlagwort des Great Game. Dieser Rekurs auf die imperialistische Vergangenheit verstellt den Blick auf aktuelle Entwicklungen. Zwar dominieren Geopolitik, Machtfragen und Marktbeherrschung. Ordnungspolitische Alternativen der EU, die auf multilaterale Kooperation, internationales Recht und Marktmechanismen setzen, laufen ins Leere. Doch die Gründe sind nicht nur in internationaler Machtprojektion und der Politisierung der Energiefrage zu suchen. Sie bestehen darin, dass die autoritären Regime Zentralasiens auf Nichteinmischung in innere Angelegenheiten beharren und mit Russland und China dankbare und politisch bequeme Abnehmer finden.

Ernst Giese, Jenniver Sehring

#### Konflikte ums Wasser

##### Nutzungskonkurrenz in Zentralasien

Die Eigenstaatlichkeit der ehemaligen sowjetischen Republiken Zentralasiens hat die Wasserprobleme in der Region verschärft. Die nationalen Entwicklungsstrategien der fünf Staaten führten zu widerstreitenden Nutzungsansprüchen. Neben den klassischen Verteilungskonflikten rückt immer mehr der sektorale Konflikt zwischen Bewässerung und Energieproduktion in den Vordergrund, der zwischen Ober- und Unteranliegern verhandelt werden muss. Diese konträre Interessenskonstellation erhält dadurch Brisanz, dass sich Russland, China und Iran einmischen. Alle haben geostrategische Interessen und einen enormen Energiebedarf.

Rudolf A. Mark

#### Die Hungersnot in Kasachstan

##### Aufarbeitung der stalinistischen Verbrechen

Die Hungersnot gehörte zu den großen »weißen Flecken« der sowjetischen Historiographie Kasachstans. Seit der Unabhängigkeit des Staates ist diese Katastrophe Gegenstand der historischen Forschung – auch als ein nationales Projekt. Die Hungersnot wurde lange als »Betriebsunfall« oder als »Verletzung leninscher Prinzipien« erklärt. Mit wachsender Distanz zur Sowjetzeit wird sie als Teil der gewaltsamen Nivellierungs- und Disziplinierungspolitik des als totalitär verstandenen stalinschen Systems interpretiert.

Wladislaw Hedeler, Meinhard Stark

#### Das Grab in der Steppe

##### Das Straflager Karaganda in den 1930er Jahren

Das Karagandinsker »Besserungsarbeitslager« in Kasachstan war einer der größten Lagerkomplexe des Gulag. Von 1930 bis 1959 leisteten hier 800 000 Häftlinge Zwangsarbeit. Sie kultivierten das öde Land und schufen die Voraussetzungen dafür, dass hier eines der größten Abbaugebiete der UdSSR für Steinkohle, Mangan und Kupfer entstand. Viele Inhaftierte fanden den Tod. Anfangs starben auch viele Kasachen, die sich gegen die Vertreibung von ihrem Weideland wehrten. Das Lagerarchiv sowie Erinnerungen von Überlebenden geben einen Einblick in die bedrückenden Lebens- und Arbeitsbedingungen, das Chaos der Aufbaujahre, in Organisation, Struktur und Produktion des Lagers.

## Lesehinweis

### Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

#### Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### *kultura.* Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

#### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)